

# WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

*November 2018*



***Volkstrauertag 2018***  
*(Massengrab in Pilsen)*

<b>Inhalt:</b>			
01. Volkstrauertag 2018 (Mahnmal Pilsen)	S. 03	11. Die deutsche Minderheit in Slowenien	S. 12
02. Herr Zeman in Berlin (Besuch im Cecilienhof)	S. 04	12. Traurige Gedankenlosigkeit (Historikertag)	S. 13
03. Brief an die Kanzlerin (Zeihsel)	S. 05	13. Warnung vor Marrakesch (Migrationspakt)	S. 14
04. Das Wort des Vorsitzenden	S. 06	14. Das Ende der Monarchie (Österreich-Ungarn)	S. 14
05. Unsere Jahrestagung in Echenbrunn	S. 06	15. Häresie und Rekatholisierung in Böhmen	S. 16
06. Dichterischer Höhenflug (Weschta)	S. 08	16. Wie die Rosenberger verarmten	S.19
07. Von der Bundesversammlung	S. 09	17. Die Welt verstehen	S. 20
08. Aus dem Gerichtssaal	S. 09	18. Ein nüchterner Blick auf die 100-Jahrfeier i.d.CR	S. 21
09. Was alles in unserem Namen geschieht	S.11	19. Wo man für die Umerziehung dankbar ist	S. 23
10. Furcht vor der Wahrheit (Buchmesse 2018)	S. 12	... und weitere Beiträge passim	

**Impressum****DER WITIKOBRIEF.**

(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)

Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 18 Euro; für Mitglieder frei.

Herausgeber: Witikobund e.V., V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 01707029867

Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;

Netzpost: [witikobund-bundesverband@freenet.de](mailto:witikobund-bundesverband@freenet.de); Heimseite: [www.witikobund.de](http://www.witikobund.de)

Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2

Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!

Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX;

Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF;

Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41,

91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)

Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 61. Jahr!

**Zur angeblichen Vertreibung von Tschechen 1938:****Ein ehrliches Wort**

Stanislaus Aust aus Trautenau gab am 17. März 1992 in einem von „Lidove Noviny“ abgedruckten Leserbrief folgendes zu Protokoll:



Nicht nur in Trautenau (Bild) gab es 1938 keine Vertreibung..

„Unsere Familie war sehr aktiv gegen Konrad Henlein, aber wir wurden 1938 nicht mit Gewalt ausgetrieben, wir sind aus Furcht vor Verfolgung geflohen. Wer nicht gehen wollte, musste nicht. Viele Tschechen in Trautenau überstanden die Okkupation. Unser Familienhaus blieb weiter in unserem Besitz, und der deutsche Mieter schickte uns regelmäßig den Mietzins. Das Haus hat uns erst im Juni 1945 ein Mitglied der Revolutionsgarden genommen, und meine Eltern mussten viel Mühe darauf verwenden, das Haus zurückzuerhalten.“ (Was noch zu ergänzen wäre: Es gab im

Sudetenland sofort nach dem „Anschluss“ eine Amnestie für Tschechen und Deutsche, außer bei Kapitalverbrechen. Die Familie Aust hätte auch aus diesem Grunde nichts zu befürchten gehabt, wenn sie geblieben wäre).

**Fundstücke:**

1. Die Reichsfluchtsteuer wurde am 8.12.1931 von der Regierung Brüning gegen die Abwanderung von Kapital eingeführt. Die Nationalsozialisten haben sie später allerdings verschärft (Wikipedia).
2. Die in Bayern erhobene Lastenausgleichsabgabe betrug 12, 8 Mrd. DM. Der Rückfluss an die dort lebenden Vertriebenen belief sich auf 21,8 Mrd. DM, was einer Entwicklungshilfe von genau 9 Mrd. DM für den Freistaat gleichkam!
3. Beim deutschen Angriff auf Polen 1939 hat der sowjetische Radiosender Minsk die deutsche Luftwaffe durch Aussendung von Richtstrahlen unterstützt (Erich F. Sommer, Das Memorandum, S. 24).
4. In Predlitz (Stadtkreis Aussig) wurde 1936 ein Deutscher wegen „Aufwiegelung“ angeklagt, weil er bei einem Begräbnis einen Kranz niederlegte, auf dessen Schleife stand: „Ruhe sanft in deutscher Erde“. Die Klage wurde aber abgewiesen (Pilsner Tagblatt, 11.9.1936).
5. Die norwegische Regierung hat jetzt erkannt, dass die Bestrafung der „Deutschenmädchen“ (Freundinnen deutscher Besatzungssoldaten) nach dem Kriege ohne jede gesetzliche Grundlage war und entschuldigte sich bei ihnen. Leider dürften von den diskriminierten Frauen nur noch sehr wenige leben (FAZ, 19.10.2018).



## Volkstrauertag 2018

Nur drei Wochen nach den Hundertjahrfeiern in der Tschechischen Republik wird man bei uns den Volkstrauertag 2018 begehen. Für die Sudetendeutschen ist das eine Art Kontrastprogramm, denn zu schlimm waren die ihnen nach Kriegsende durch tschechische Willkür zugefügten Verluste. Dies ist eine vielerorts unwillkommene, jedoch unwiderlegbare Feststellung.

### **Mahnmal in Pilsen**

Deutlich wird das, wenn man sich dem Mahnmal im Zentralfriedhof zu Pilsen zuwendet! Es wurde 1997 errichtet und trägt die Aufschrift:

*„Auf diesem Friedhof ruhen Tote des Krieges 1939-1945,  
darunter 528 deutsche Soldaten ...“.*

Wie man weiß, verhüllen die Inschriften tschechischer Denkmäler meist mehr als sie erklären. So vermeidet auch dieses Denkmal eine klare Aussage zur Zahl der getöteten Nicht-Soldaten, also der Zivilisten. Will man sie wissen, muss man die fünf Bronzetafeln rechts vom Kreuz auszählen. Man kommt auf 663 Namen. Erstaunlicherweise liegen aber die jeweils angegebenen Sterbedaten meist nach dem 8 Mai 1945. Es können also keine „Toten des Krieges“ sein. Hilfreich ist hier die Opferliste des zuständigen Heimatkreises. 197 der Namen von den Bronzetafeln befinden sich auch auf ihr, und zwar als Opfer tschechischer Gräueltaten **nach** Kriegsende. Diese Toten als Kriegstote zu bezeichnen, ist eine bewusste Irreführung, wie es schon 2010 auf dem großen Gräberfeld in Eger geschah, als die dort identifizierten 473 Zivilisten ebenfalls zu „Kriegstoten“ erklärt wurden. In beiden Fällen muss man von einer koordinierten Sprachregelung ausgehen, die die Flut der Nachkriegsmorde verschleiern soll.

Die Opferliste des erwähnten Heimatkreises nennt insgesamt 712 Tote. Daraus errechnet sich für Pilsen eine deutlich höhere Zahl von Ziviltoten, als auf den fünf Bronzetafeln offiziell zugegeben wird. Genau genommen sind es 415 zusätzlich. Aber auch das dürfte noch nicht alles sein. Fotos der



Ein Massengrab in Pilsen vor Errichtung des Mahnmals  
(aus: Land an der Mies, 1972, S.171)

Die Opferliste des erwähnten Heimatkreises nennt insgesamt 712 Tote. Daraus errechnet sich für Pilsen eine deutlich höhere Zahl von Ziviltoten, als auf den fünf Bronzetafeln offiziell zugegeben wird. Genau genommen sind es 415 zusätzlich. Aber auch das dürfte noch nicht alles sein. Fotos der Pilsner Massengräber (sh. nebenan!). Schätzungen überlebender Häftlinge und die Berichte der Anwohner des Bory-Zuchthaus in Pilsen, die 1945 den Abtransport der dort Umgekommenen beobachteten, deuten auf weit höhere Opferzahlen hin. Gestorben wurde außerdem noch in den anderen überlebensfeindlichen Haftstätten Pilsens, in Karlov, Miröschau sowie im Kreisgerichtgefängnis!

### **Schatten auf der 100-Jahrfeier**

Verständlicherweise fehlen auf den Bronzetafeln die Namen Prominenter. Doch 1989, also nach der „Wende“, berichteten alte Totengräber, dass am Zentralfriedhof auch Konrad Henlein und Emil von Skoda, jr., ein Enkel des Firmengründers, verscharrt wurden. Da auch Emils Bruder Karl in den Wirren von 1945 verschollen ist, ist die Familie Skoda im Mannesstamm erloschen. Henleins Verbleib am Zentralfriedhof bestätigte 1993 auch die Illustrierte „Signal“. Die Zensur versagte allerdings bei Feodor Grünberg († November 1945), denn dessen Prominenz stellte sich erst 2010 heraus, als sein 1939 in Pilsen geborener Sohn, Peter Grünberg, den Nobelpreis in Physik erhielt.

Das Verhalten der tschechischen Seite ist weder der Bedeutung des Volkstrauertages, noch der Hundertjahrfeier zur tschechischen Staatsgründung angemessen. In der zivilisierten Welt ist Trauer und Respekt vor dem Tode etwas so Persönliches, ja Intimes, dass man niemandem hineinreden sollte. Dieses Gesetz scheint aber nicht zu gelten, wenn die Trauernden Sudetendeutsche sind. Ihnen möchte man vorschreiben, wie viele ihrer Angehörigen sie betrauern dürfen und wann diese zu Tode kamen. Dieser Mangel an Aufrichtigkeit verweist die Tschechische Republik leider auch an ihrem 100. Geburtstag in die Schmutzdecke notorischer Geschichtsverdreher. Nur ungern möchten wir noch einmal einhundert Jahre warten, bis auch in der Tschechei endlich „die Wahrheit siegt“ (pravda vitezi). Auch daran sollten wir am bevorstehenden Volkstrauertag denken!



Massengrab Pilsen,  
siehe auch Umschlagbild!

## Herr Zeman in Berlin

Der tschechische Staatspräsident, Milos Zeman, stattete Berlin vom 19. bis 21. September 2018 einen Staatsbesuch ab. Sein erster Termin war ein Ausflug nach Potsdam in das Schloss Cecilienhof. Das war ein starkes Zeichen, denn damit will er den Deutschen sagen, welchen Status er ihnen einräumt. Er ist der Sieger, und sie sind die Besiegten, und selbstverständlich will er auch den Sudetendeutschen



Cecilienhof in Potsdam

etwas mitteilen: Ihre Vertreibung wurde 1945 hier in Potsdam von den drei Siegermächte beschlossen und damit basta.

Wie war es aber in Wirklichkeit?

Bis zur Potsdamer Konferenz waren alleine aus dem Sudetenland schon 700.000 Deutsche über die Grenzen gejagt worden. Man nennt das „wilde Vertreibung“. Die Konferenz hinkte den Ereignissen also hinterher, so dass Stalin beim Aufruf dieses Tagesordnungspunktes spotten konnte, das sei wie „Senf nach dem Essen“ zu reichen.

Dieses russische Sprichwort untergräbt also treffend die Mär, die Tschechen hätten nur die Befehle aus Potsdam ausgeführt oder

noch schlimmer, die Vertreibung wäre den Tschechen aufgezwungen worden. Halten wir uns daher besser an Petr Uhl (einst Menschenrechtsbeauftragter der tschechischen Regierung), der 2002 feststellte: „Die Vertreibung war unsere freiwillige Entscheidung“.

Im Übrigen übersieht Herr Zeman, dass das Potsdamer Abkommen kein Vertrag war, sondern nur ein Kommuniqué, also weit von einem Friedensvertrag entfernt. Käme es zu einem solchen, säße auch Deutschland am Tisch und könnte sich auf das Völkerrecht berufen. Für die Tschechei wäre das hinsichtlich der Vermögensfrage spannend, denn über diese hat sich das Potsdamer Kommuniqué gänzlich ausgeschwiegen. Daher ist es für Herrn Zeman auch so wichtig, die Bedeutung von „Potsdam“ durch symbolhafte Besuche „aufzublasen“.

### **Peinlich für die SL**

Für die gegenwärtige SL-Führung ist der Potsdam-Besuch Zemans ernüchternd. Herr Posselt kann sich vor den Tschechen noch so sehr in den Staub werfen, es gab und wird kein Entgegenkommen geben. Daran ändern auch nichts die seit Jahren immer wieder gemeldeten „Durchbrüche“ in den Beziehungen zur CR. Das sieht man auch an den Partnern Posselts bei diesen „Durchbrüchen“? Sie waren Vertreter einer Splitterpartei, die sich auch niemals irgendwie festgelegt haben. So besuchte Herr Belobradek das Sudetendeutsche Haus nur als „Christ und Parteivorsitzender“, nicht als Vizepräsident, und Kultusminister Hermann wich beim Thema „symbolische Entschädigung“ mit den Worten aus „Lassen Sie uns dafür noch etwas Zeit“. Und als Herr Necas in München sprach, trug er nichts anderes vor als den Wortlaut der Deutsch-tschechischen Erklärung von 1997. Dennoch warf ihm Senator Doubrava vor, mit seiner Rede der tschechischen Nation „ins Gesicht gespuckt“ zu haben!

Herr Milos Zeman gab in Berlin auch eine Pressekonferenz. Gönnerhaft verkündete er, dass die Tschechei (anders als Polen) keine Reparationsforderung an Deutschland stellen werde. Wer aber die Frage des sudetendeutschen Vermögens aufwerfe, so Zeman, sei ein Friedensstörer. Aber das kennen wir schon, nicht der Regelverletzer, sondern der dagegen Protestierende „stört“ angeblich das Zusammenleben. Zemans Großzügigkeit hängt natürlich mit der Enteignung der Sudetendeutschen zusammen. Deren Vermögen betrug das Mehrfache jeder Reparationsforderung. Nach neueren Schätzungen sprechen wir dabei über 72 Mrd. €, ohne das Nutzungsentgelt für mehr als 70 Jahre!

### **Und die Toten?**

Das Auftreten Zemans ist auch wegen der unzähligen Toten befremdlich. Der deutschen Seite kann man nicht vorwerfen, über diese Frage achtlos hinweggegangen zu sein! Aber was ist mit den zahllosen Nachkriegstoten deutscher und sudetendeutscher Volkszugehörigkeit? Zemans Auftritt in Berlin gibt wenig Anlass, auf eine Sinnesänderung zu hoffen. Wir können nur diesen Satz betonen: „Beim Unrecht gibt es keinen Schlussstrich.“ (F.V.)

**Brief an die Kanzlerin:**

**Vor dem Besuch von Präsident Miloš Zeman vom 19. bis 21. September in Berlin schrieb der SLÖ-Obmann, Gerhard Zeihsel, LAbg.a.D., an Frau Dr. Merkel:**

*Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel !*

*Der Präsident der Tschechischen Republik Miloš Zeman wird vom 19. bis 21. September die Bundesrepublik Deutschland besuchen, um mit Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, wie auch mit Herrn Bundespräsidenten, Dr. Frank-Walter Steinmeier, und Herrn Ministerpräsidenten von Brandenburg, Dr. Dietmar Woidke, zu Fragen der Euroregionen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu*



Gerhrad Zeihsel

*sprechen. Weitere Themen der Gespräche in Berlin sind angeblich, so die Verlautbarung aus Prag, die Innenpolitik beider Länder, die Reform der Europäischen Union, der europäische Haushalt, die Wahlen zum Europaparlament, die Migration und die Beziehungen zu Russland.*

*Der letzte deutsche Bundeskanzler hat bekanntlich eine Reise nach Prag offiziell abgesagt, nachdem Miloš Zeman die Sudetendeutschen als „Hitlers Fünfte Kolonne“ bezeichnet und die Vertreibungsverbrechen „moderater als Todesstrafe“ bewertet hat.*

*Wir können nur hoffen, dass derartige menschenverachtende und die Opfer verhöhnenden Aussagen nicht mehr möglich sind, und wollen dazu beitragen, dass die grenzüberschreitende territoriale Zusammenarbeit in einem Europa der Regionen getragen ist von Respekt und Verständnis für die Diversität der gewachsenen Kulturen.*

*Wir wünschen daher erfolgreiche und gedeihliche Gespräche im Sinne einer Vertiefung der europäischen Integration auf der Basis der gemeinsamen europäischen Werte, und bitten Sie daher auch um Ihre Hilfe und Ihren Einsatz, dass die menschenrechtswidrigen Vertreibungsdekrete sowie alle jene Gesetze auch formal außer Kraft gesetzt werden, die den elementarsten Prinzipien der Menschenrechte in Europa und in den Vereinten Nationen diametral widersprechen.*

*Deutschsprachige und tschechischsprachige Bürger haben im alten Habsburgerreich jahrhundertlang friedlich und wirtschaftlich äußerst erfolgreich zusammengelebt.*

*Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, helfen Sie mit, dass diese Bürger im Sinne der Fundamente der Europäischen Union heute wieder ohne Vorbehalte zusammenfinden können! Ein erster Schritt dorthin ist es, mit der Rückgabe der zigtausend beschlagnahmten Kunstwerke (Raubkunst), die sich in tschechischen Museen und Amtsräumen befinden, an ihre ursprünglichen Eigentümer endlich zu beginnen. Die Republik Österreich und die Bundesrepublik Deutschland haben diesen Schritt der Gerechtigkeit längst hinter sich gebracht.*

*Mit vorzüglicher Hochachtung, LAbg.a.D. **Gerhard Zeihsel**  
(SLÖ-Bundesobmann)*

**Hier kann man Herrn Posselt einmal zustimmen:**

Der einstige CSU-Europaabgeordnete **Bernd Posselt**, Präsident der Paneuropa-Union Deutschland, hat die britische Regierung davor gewarnt, durch den Brexit den „*mühsam erkämpften Frieden in Nordirland zu gefährden, der hauptsächlich durch die Grenzöffnung zwischen beiden Teilen der grünen Insel, EU-Regionalsubventionen und einen EU-moderierten Aussöhnungsprozeß erreicht wurde.*“ Wer durch eine „Rückkehr zu schmerzenden nationalen Grenzen den europäischen Geist aus Ulster vertreibt, riskiert einen Rückfall in Bürgerkrieg und Terrorismus.“ (von SL-Pressedienst)

**„Frau Merkel ist in der Frage, wer in Ungarn lebt, nicht zuständig.“**

**Viktor Orban am 27.7.18**

## Das Wort des Vorsitzenden

*Liebe Kameradinnen und Kameraden!*

Im tschechischen Fernsehen läuft die Serie „Das tschechisch-deutsches Jahrhundert“. Der



Felix Vogt Gruber

Verfasser hält die Sudetenfrage für erledigt, seit die SL angeblich ihre Satzung geändert hätte. Kürzlich sei das sogar gerichtlich besiegelt worden. An der Moldau wird das Lavieren der SL als Totalverzicht wahrgenommen. Aber der ganze Satzungsstreit entstand nur, weil Richter und Anwälte nicht richtig nachgedacht haben. „Wiedergewinnung“ der Heimat bedeutete für unsere Altvorderen wirklich physische Rückkehr in das Sudetenland.

Natürlich friedlich, fußend auf dem Völkerrecht und der Stuttgarter Erklärung. Eben eine peacefull change". Wenn man heute diese physische Rückkehr verschmäht und höchstens auf Entschädigung oder noch weniger wert legt, so ist das sehr wohl eine grundlegende Änderung der Leitidee des SL-Vereins. Damit wären wir aber wieder bei der vom BGB, § 33, vorgesehenen Mitgliederbefragung. Ist das des Pudels Kern?

Liebe Kameradinnen und Kameraden, wir wollen weiter in die Volksgruppe hineinwirken, um unsere Rechte zu verteidigen. Das schließt nicht aus, dass wir uns in der kommenden Adventszeit etwas vom grauen Alltag entrücken lassen und dann einige ruhige Tage genießen! Zum Weihnachtsfest und für das neue Jahr entbietet Euch die besten Wünsche

Euer *Felix Vogt Gruber* (1.Vors.)

## **Wichtiger Hinweis der Buchhaltung!**

Liebe Mitglieder, liebe Witikobriefbezieher, am Montag, dem 2.1.2019, wird wieder der jährliche Mitgliedsbeitrag per SEPA-Lastschriftverfahren von Ihrem Konto abgebucht. Wir bitten daher, **Änderungen Ihrer Bankverbindung** bis spätestens **12.12.2018** mitzuteilen, da diese ansonsten nicht mehr berücksichtigt werden können. Bei Rücklastschriften fallen Gebühren an, die wir Ihnen dann leider berechnen müssten (Netzanschrift: witikobund-bundesverband@freenet.de).

Sollten Sie nicht am Lastschriftverfahren teilnehmen und den Jahresbeitrag für das Geschäftsjahr 2017/2018 noch nicht bezahlt haben, liegt der nächsten Ausgabe des Witikobriefes eine Zahlkarte bei. Wir danken für Ihr Verständnis! *Der Vorstand*

## Unsere Jahrestagung

Das Jahrestreffen des Witikobundes fand am 20. und 21. Oktober 2018 in Echenbrunn bei Gundelfingen statt. Da ein größerer Kreis von Teilnehmern schon am Freitag angereist war,



„Hotelgasthof Sonne“, Echenbrunn

fand am Vorabend wieder ein Vorgespräch statt.

Erfahrungsgemäß beschleunigt das den Ablauf der Jahresversammlung am nächsten Tag. So war es auch diesmal. Der Vorsitzende konnte am Samstag die Vereinsregularien zügig abwickeln. In seinem Rechenschaftsbericht ging er auf die vereinsinterne Lage und auf das politische Umfeld ein. Naturgemäß spielte dabei auch der Ausgang der Landtagswahlen eine Rolle. Wegen seiner Doppelfunktion

als Leiter des SL-Bezirks Schwaben konnte er ein umfassendes Bild der Lage in der SL darstellen. Auch sein Stand beim Sudetendeutschen Tag (ST) lief unter dem Namen seines Bezirkes und ermöglichte ihm viele Kontakte zu Mitgliedern und Sympathisanten. Was die Mitgliederbewegung angeht, konnte der natürliche Abgang durch Neuaufnahmen ausge-



glichen werden. Im Satzungsstreit befinde man sich sozusagen an einem toten Punkt, wenn auch von anderer Seite ein Revisionsverfahren bevorsteht. Zum Schluss appellierte er an die tschechische Seite, bei der 100-Jahrfeier ihrer Republik, auch an das ungelöste Vertreibungsproblem zu denken.

Der Kassenwart legte einen ausgeglichenen Haushalt vor, warnte aber vor „großen Sprüngen“. Die Balance konnte nur dank der großen Spendenbereitschaft der Mitglieder und des Verzichts aller Vorstandsmitglieder auf Erstattung von Sachkosten gehalten werden.

Die Kassenprüfung fand am 11. Oktober durch die beiden gewählten Prüfer statt und ergab keine Beanstandungen. Daher konnte die Entlastung beantragt und erteilt werden.

Schwerpunkte für das kommende Jahr sollen sein die Stärkung der Mitgliederbasis, die Teilnahme am ST und die Fortsetzung der Öffentlichkeitsarbeit, letzteres vielleicht durch die Herausgabe einer Sonderausgabe des Witikobriefes wie 2013.

In der Mittagspause hielt der Vorsitzende eine Überraschung bereit. Er lud die Anwesenden zu einem Besuch „seines“ Sudetendeutschen Museums ein. Es befindet sich in zentraler Lage Gundelfingens, vis a vis vom Rathaus, und umfasst mehrer Räume auf zwei Etagen. Alle sind gefüllt mit wertvollstem und übersichtlich präsentiertem Archivgut. Besonder fielen an den Wänden mehrere großformatige Landkarten und eine gut sortierte Bibliothek auf. Alleine der



Felix Vogt Gr. (r) stellt „sein“ Museum vor

Besuch dieses Museums hätte die Reise nach Echenbrunn/ Gundelfingen schon gelohnt!

### Vortragsprogramm

Das Treffen wurde fortgesetzt mit vier Vorträgen, zwei am Samstag Nachmittag und zwei am Sonntag Vormittag.

Den Reigen eröffnete Claus Hörrmann mit dem Thema „Das Münchner Abkommen“. Selbst achtzig Jahre nach dessen Abschluss erschien es den Veranstaltern wichtig, diese Materie erneut zu behandeln, da immer wieder Falschdarstellungen darüber in Umlauf gebracht werden.

Hörrmann verwies korrekt auf die Revisionsartikel Nr.19 sowohl im Vertrag von Versailles als auch im Vertrag von St. Germain. Darin wurde festgelegt, dass alle zehn Jahre zu prüfen sei, ob die Verträge nicht den Frieden gefährdeten. Dies schien 1938 der Fall, weshalb es am 21. September 1938 zum Abtretungsvertrag zwischen England, Frankreich und der CSR kam.



Die drei Referenten mit dem Vorsitzenden (v.li: Dr.Storch, Hörrmann, Volk, Vogt G.)

Diesem Vertrag trat am 29. September 1938 das Deutsche Reich bei. Der tschecho-slowakische Botschafter in Paris, Stefan Osusky, hatte schon am 31. 3. 1933 seine Regierung gewarnt, den Revisionsartikel 19 anzuwenden und ihn am besten gar nicht zu erwähnen!

Nach Claus Hörrmanns Vortrag stellte F. Volk den sudetendeutschen „Dorfboten“ vor. Diese Zeitung war eine 1897 in Budweis gegründete Wochenzeitung für das Landvolk und erschien in der erstaunlichen Auflage von 55.000. Sie berichtete akribisch über alle die Sudetendeutschen betreffenden Vorgänge diesseits und jenseits der böhmischen Grenzen. Man muss daher annehmen, dass ihre Leser bestens über alle Vorgänge, auch die negativen, „im Reich“ Bescheid wussten.

Das erste Referat am Sonntag hielt wieder F. Volk zum Thema „Häresie und Rekatholisierung in Böhmen“. Seit Hus und im 16. Jahrhundert verstärkt durch Luther hatten sich unsere Vorfahren auf breiter Front von der katholischen Kirche abgewendet, doch 1555 legten die Jesuiten in Prag ein konsequentes „reeducation-Programm“

auf, das Ferdinand II ab 1620 gewaltsam zum Abschluss brachte. Dabei wurde luthertreuen Landwirten unmissverständlich gedroht: „Wenn Du binnen zwei Wochen nicht bei der heiligen Beichte warst, wirst Du von Gründen geschafft“.

Für den Höhepunkt der Vortragsreihe sorgte Dr. Hans Peter Storch mit seinen Ausführungen zu dem neuen Buch von Lukas Beer „Hitlers Tschechen“. Anders als die „Staatshistoriker“ brachte Beer das umfangreiche Archivmaterial in der CR zur Protektoratspolitik der NS-Führung zum Sprechen und widerlegt die angeblichen Ausrottungspläne der deutschen Protektoratsführung. Beer entdeckte auch angeblich verschollene Belege für die Kollaboration der Tschechen mit den deutschen Besatzern, darunter auch die Entlohnungsliste der tschechischen Hinweisgeber für die Ergreifung der Heydrich-Attentäter. Die Versammlung erkannte in der Verbreitung der Beerschen Erkenntnisse eine wichtige Aufgabe des Witikobundes für die Zukunft.

<p>Die Erkenntnisse aus seinem Vortrag bei der JHV hat unser Mitglied Claus Hörrmann gleich in nebenstehendem Leserbrief in der FAZ vom 1.11.18 angewandt. Nach „München“ lebten im Sudetenland sogar mehr Tschechen als vor 1918!</p>	<p style="text-align: center;"><b>Es gab keine Vertreibung der Tschechen</b> <span style="float: right;">FAZ. 1.11.18</span></p> <p>Zu „Die Flammen über Reichenberg“ von Jaroslav Růdís (F.A.Z. vom 26. Oktober): Herr Růdís hat einen inhaltlich sehr guten Beitrag verfasst. Allerdings hat er inhaltlich einen historischen „Schönheitsfehler“. Der Autor vertritt den weit verbreiteten Mythos von der Vertreibung der Tschechen im Herbst 1938. Wer die historisch in zwischen allseitig zugänglichen geschichtlichen Quellen sorgfältig liest, der weiß sehr wohl: Es gab keine Vertreibung der Tschechen. Mit der Abtretungsvereinbarung, die ohne Deutschland 1938 abgeschlossen war und dem danach folgenden Münchner Abkommen, das die praktische Durchführung regelte, gab es für jeden Bewohner des Sudetenlandes ein Optionsrecht mit der freien Entscheidung, ob er Reichsdeutscher werden wollte oder die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft behalten wollte. Die tschechischen Beamten allerdings gingen in die verbliebenen tschechoslowakischen Gebiete und konnten alles bewegliche Eigentum mitnehmen und ihre Häuser und Land verkaufen, vermieten oder verpachten. Ganz anders ging es den entrechteten Sudetendeutschen 1945/1946. Und die Pläne dafür reiften bereits 1848 auf dem Panlawistenkongress und in den Schriften von Beneš und Masarek aus den 1920er Jahren.</p> <p style="text-align: right;">CLAUS HÖRRMANN, NEUSTADT/ SACHSEN</p>
--	---

### Dichterischer Höhenflug in Echenbrunn:

In Echenbrunn bei Gundelfingen,  
Lauinger Straße fünfzig zwei,  
Trafen sich die Witikonen,  
Friedebert war auch dabei.

Unser Leiter war der Felix,  
führte durch den schönen Tag  
Und am Abend speiste heiter  
jeder was er gerne mag.

Das Sudetenland-Museum  
von dem Rathaus vis à vis  
War für alle `ne Belegung  
schöner sieht man sowas nie..

Als am Sonntag schloss die Tagung  
riefen alle in die Rund`:  
„Kommt bald wieder, liebe Freunde,  
und vor allem: bleibt gesund!“

Bald ging es hinaus zum Stadttor,  
doch da füllte unser Doktor  
Super in den Diesel-Tank,  
das war Pech für Adolf Frank!

(Von der Muse ließ sich küssen: Kam.  
Frz. Weschta)

**Wer nicht will deichen, der muss weichen!**



## Von der Bundesversammlung:

Die XVI. Bundesversammlung (BV) der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) tagte vom 26. bis 28. Oktober in München. Neben den vereinsrechtlichen Regularien gab es Beschlüsse zur Wahl- bzw. Geschäftsordnung. Peter Barton vom Prager Büro berichtete über die aktuelle politische Situation in der Tschechischen Republik. Am Samstag sollen nur 49 Delegierte anwesend gewesen sein (61 %).

### **Formalien**

Wie kommt es, dass der Geschäftsführer (Herr Lippert) am Präsidiumstisch Platz nimmt (sh. Foto in SDZ.2.11.18, S. 3)? Amtsanmaßung? Wie ist es möglich, dass eine soeben erst beschlossene Geschäftsordnung auf einen vorher eingereichten Antrag zurückweisend angewandt wird? Rückwirkende Gesetze sind unserer Geschäftsordnung unbekannt. Wieso unterbindet das Präsidium die Aufnahme von kritischen Feststellungen in das Protokoll? Das alles sind Gründe, auch diese BV für nichtig erklären zu lassen!

### **Ein Bettelbrief**

So wie die Vereinszeitung aufgemacht ist, scheint das Hauptanliegen der Versammlung die Wahl Bernd Posselts in das Europaparlament gewesen zu sein. Die CSU wird in einem Bettelbrief gebeten, Posselt auf einen aussichtsreichen Listenplatz zu setzen. Er werde sich um ein Europäisches Volksgruppenrecht und für ein gutes Verhältnis zu den Tschechen bemühen.

Aber wird sich die CSU nicht fragen, wozu noch ein Volksgruppenrecht, wenn bereits alle diesbezüglichen Ansprüche aufgegeben wurden? Eine bessere Empfehlung wären da Leistungen in Brüssel. Doch da gibt es den Anhörungstermin 2012, bei dem der EU-Petitionsausschuss endlich einmal über die Rechte der Vertriebenen verhandelte. Doch wer glänzte durch Abwesenheit? Richtig, der SL-Vorsitzende! Wozu dann ein guter Listenplatz? Näheres dazu sh. WBr. 4/2012, S. 7-10.

### **Wahlordnung**

Bei der neuen Wahlordnung hat man die Anpassung an die Entwicklung versäumt. Der Witikobrief hat die Schwachstellen in seiner Folge 2016,2 analysiert. Die SL krankt an der Unterrepräsentation der tatsächlich zahlenden Mitglieder, während über fünfzig Prozent der Mandate an blutleere und teils abgestorbene Institutionen vergeben werden, deren Beitragsaufkommen außerdem minimal ist!

### **Der Haushalt**

Wie jedes Jahr wurden die Abrechnungen nur lichttechnisch an die Wand projiziert, so dass eine Prüfung kaum möglich war. Die Delegierten sollten sich das nicht gefallen lassen und auf gedruckten Unterlagen bestehen. Dies umso mehr, als die Kassenprüfung, wie schon im Vorjahr, nur von einer einzigen Person, Frau Führig, durchgeführt werden konnte. Anfechtungsgrund???

Der SL-Jahreshaushalt für 2019 umfasst etwa 1,4 Mio. €, bei einer Unterdeckung von 18.000 €.

### **Satzungstreit**

Auffallend oft wurde beteuert, dass trotz Satzungsänderung die Leitidee der SL unberührt bliebe. Das wäre doch unnötig, wenn nur eine „*kleine Minderheit*“ (original Lippert) daran zweifelte. Oder sind diese Beteuerungen an die tschechische Seite adressiert, wo man eben auch das Gegenteil glaubt?

Am 30./31. März 2019 findet die nächste Sitzung der BV statt. Dann hat sie wieder eine Chance, an der Behebung ihrer Defiziten zu arbeiten. (F.V.)

## Aus dem Gerichtssaal

Bekanntlich endete die von Kam. Gottstein geführte Prozess-Serie gegen die SL im Sommer dieses Jahres. Zuletzt annullierte das Landgericht den Vereinsausschluss Gottsteins, und das Registergericht lehnte die Aufnahme der von der SL gewünschten Satzungsänderung ab. Unabhängig davon ging ein Landsmann aus Bayern erneut vor Gericht, um auch die Nichtigkeit der Bundesversammlung von Bad Kissingen feststellen zu lassen. Leider erlitt er damit zunächst Schiffbruch. Das Gericht hielt sogar die Satzungsänderung für eintragungsfähig. Der Landsmann wechselte den Anwalt und ging in Revision. Gleichzeitig erhielt die SL vom neuen Klägeranwalt einen Vorschlag zwecks Wiederherstellung des Vereinsfriedens. Die SL hat zwar abgelehnt, doch der Witikobrief gibt die Presseerklärung der Anwaltskanzlei wieder, damit sich jeder ein eigenes Urteil bilden kann:

**Pressemitteilung** der Rechtsanwaltskanzlei Reimers & von Herget (Forts. Nächste Seite!)

Was ist die Leitidee der Sudetendeutschen Landsmannschaft?

Exil oder Rückkehr in die Heimat?

Kläger hat der SL Führung um Bernd Posselt einen Kompromiss zur Wiederherstellung des Vereinsfriedens angeboten. Berufung gegen das Urteil des Landgerichts München I hat Aussicht auf Erfolg. Weiterführung des Prozesses von SL abhängig.

Der Fall:

Das Registergericht München lehnte die Eintragung einer Zweckänderung der Satzung ( § 3) des Bundesverbandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) die auf der XVI. Bundesversammlung am 27./28.08.2017 in Bad Kissingen beschlossen wurde, ab.

Ein Vereinsmitglied erhob gegen die nicht formgerechte Durchführung dieser fortgeführten ersten Sitzung der XVI. Bundesversammlung Klage auf Feststellung der Nichtigkeit der Beschlüsse und Wahlen wegen formaler Fehler und Verletzung des Vereinsrechts.

Das Gesetz sieht eine Zustimmung aller Mitglieder vor, wenn der Zweck des Verbandes geändert werden soll (§ 33 Abs. 1, Satz 2 BGB). Eine solche Zweckänderung, nämlich Streichung des Zwecks „Den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen“

war von Bernd Posselt als geschäftsführender Bundesvorsitzender der SL beantragt.

Dieser Klage vorangegangen waren bereits zwei Gerichtsprozesse anderer Kläger gegen die SL wegen dieser Zweckänderung der Satzung, die die Leitidee der SL verändert, und formaler Nichtigkeit von Bundesversammlungen in 2015 und 2016. Das Landgericht München I hat rechtskräftig die Nichtigkeit der Bundesversammlung, der Wahl des Bundesvorsitzenden Posselt, des Sprechers der SL, Posselt und der Satzungsänderungen festgestellt (Az. 10 O 11998/16).

Das Urteil der 26. Kammer des Landgerichts München I im aktuellen Verfahren ging zugunsten der Beklagten aus aufgrund fehlerhafter Sachbehandlung und Wertungen des Einzelrichters am LG (Az. 26 O 17713/17). Berufung wird zur Fristwahrung eingelegt werden. Der Kläger hat seinen neuen Prozessbevollmächtigten beauftragt über die anwaltlichen Vertreter der SL, die Kanzlei Herrmann & Mey, (dessen bisheriger Bevollmächtigter Dr. Florian Herrmann, MdL für die CSU-aufgrund seiner Berufung in die Bayerische Staatskanzlei, nicht mehr persönlich tätig ist,) einen Vergleich herbeizuführen. Vorgeschlagen ist ein Kompromiss, der sowohl für die kommende Bundesversammlung eine ordnungsgemäße Ladung sicherstellt als auch eine klarstellende Ergänzung des § 3 (neu) vorsieht, der die SL-Leitidee, aus dem Exil zurückzukehren, die Bürgerrechte wiederzubekommen und eine Entschädigung erhalten zu können, sicherstellt.

Voraussetzung ist, dass die Tschechische Republik auf die Unrechtsdekrete verzichtet.

Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat für 2018 das Motto zum Tag der Heimat „Unrechtsdekrete beseitigen, Europa zusammenführen“ gewählt.

Ist der BdV etwa die bessere Sudetendeutsche Landsmannschaft?

Was ist die praktische Folge der Beseitigung der Unrechtsdekrete für die deutschen Heimatvertriebenen aus der alten Tschechoslowakei? Sie würden wieder ins Recht gesetzt – gleichgestellt mit den Heimatverbliebenen, die es natürlich noch gibt. Eine Rückkehr und Wiedereinsetzung ins Recht ist nur möglich, wenn die heutige tschechische Regierungsmehrheit die damaligen Unrechtsdekrete aufhebt. Dies ist möglich, wie das Angebot Václav Havels von 1991 zeigt, welches die Wiedergewährung der Staatsbürgerschaft, das Rückkehrrecht und eine Kupon-Entschädigung vorsah. Helmut Kohl hatte das Angebot abgelehnt.

Bei der Aufnahme der Tschechischen Republik (und der Slowakei) in die Europäische Union in 2004 wurde das dortige gesetzlich verankerte Unrecht, welches die ethnische Säuberung rechtfertigt, nicht aufgehoben. Nicht zuletzt deshalb haben wir heute diesen Rechtsstreit. Zu hoffen bleibt, dass eines Tages die Regierung der Tschechischen Republik auf die Unrechtsdekrete verzichtet und das umsetzt, was Václav Havel plante–die tschech. Seele würde geheilt u. die Sudetendeutsche erlöst. Vielleicht findet die Tschech. Regierung am 100. Jahrestag der Staatsgründung, am 28.10.2018, die Kraft dazu.

**Quellen:**

Endurteil des Landgerichts München I vom 14.08.2018, AZ: 26 O 17713/17; rechtskräftiges Endurteil des LG v. 29.06.2017, Az. 10 O 11998/16 (mit OLG München 17 U 2403/17) V.i.S.d.P. Rechtsanwalt Dr. Harald von Herget, Alter Messeplatz 2, 80339 München, Tel. +49 (0) 89 - 51 088 255, email [rechtsanwalt@vonherget.de](mailto:rechtsanwalt@vonherget.de)

### Was alles in unserem Namen geschieht:

Für moderne offene Gesellschaften sind politikfreie Räume unabdingbar. Diese Oasen findet man in Vereinen, Kirchen, Schulen usw. Entfallen diese Bedingung, leben wir in einem totalitären Staat. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) und der Bund der Vertriebenen (BdV) sind sogar satzungsmäßig zu dieser Distanz verpflichtet.

Aber was müssen wir erleben?

In Bayern erfindet 2018 ein SL-Funktionär und Landtagskandidat einen „Tag der Integration“ und veranstaltet Mitte Juli eine SL-Feier, deren wichtigste Aufgabe war, für ihn Werbung zu machen. Kurz vor der Wahl „schenkt“ ihm die Vereinszeitung dann noch eine ¾-Seite zur Profilierung.

Im September missbraucht der BdV-Vorsitzende von Hessen den „Tag der Heimat“ im Beisein des hessischen Ministerpräsidenten Bouffier zu heftigen Angriffen gegen die AfD. Das Nähere dazu kann man dem angefügten Offenen Brief eines Landsmannes entnehmen\*).

Und im Oktober schließlich verabschiedet die SL-Bundesversammlung einen Brief an die CSU, mit dem sie um einen sicheren Listenplatz für Bernd Posselt bei den bevorstehenden Europawahlen bittet. Die SL ist jedoch zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet, und über Listenplätze sollte der Wähler entscheiden. Befremdlich ist daher auch, dass sich Herr Posselt nicht selbst gegen diese Einmischungen verwehrte. Aber sein besonderes Demokratieverständnis kennt man schon vom Satzungsstreit her. Dort scheut er auch das Urteil der Basis.

Bleibt die Frage, ob Herr Posselt für die Sudetendeutschen überhaupt der richtige Mann in Brüssel wäre. Zweifel bestehen nicht erst seit dem Satzungsstreit. Schon 2012 fiel er durch Desinteresse an unseren Problemen auf. Damals hatten es zwei Ungarn bis zu einem Anhörungstermin im Petitionsausschuss der EU geschafft. Es ging um Restititionen. Zwei Witikonen hatten die weite Reise dorthin auf sich genommen und saßen auf den Zuhörerrängen. Herr Posselt aber glänzte durch Abwesenheit.

.....

\*) Hier folgt der oben erwähnte offene Brief des BdV-Kreisvorsitzenden Odenwald, OStR. Helmut Seidel, an den BdV-Landesvorsitzenden in Hessen (leicht gekürzt):

*Guten Tag, Herr Ortmann,*

*bei der zentralen Veranstaltung zum ‚Tag der Heimat‘ .... am 16.9. d.J. im Biebricher Schloss haben Sie eine beschwörende Rede zur Ablehnung der AfD gehalten. Das Ergebnis der Wahlen zum Hessischen Landtag hat deutlich gezeigt, dass Sie .... (statistisch gesehen) wohl mehr als 13% der BdV-Mitglieder vor den Kopf gestoßen und verärgert haben. Sie und die gesamte CDU und SPD waren sich nicht bewusst, dass diese Kampagne bei manchen zum Resultat führte: Jetzt erst recht. Ihre Hetze war völlig deplatziert und zudem auch sehr unklug.*

*.... Die Medien und Sie und die anderen Parteien stellen die AfD – abschätzig - als Partei der Populisten dar. Aber was ist daran verwerflich? Den sogenannten ‚Volks‘-Parteien fehlt inzwischen meines Erachtens gerade ‚Populismus‘, die Verbundenheit mit dem ‚populus‘, dem Volk.*

*.... In den letzten Jahren hat unsere lokale Tageszeitung, das Odenwälder Echo, Teil eines südhessischen Zeitungsverbundes, überhaupt nicht oder nur in einer kurzen Notiz vom ‚Tag der Heimat‘ in Biebrich berichtet. Erstaunt war ich daher dieses Jahr über einen recht langen zweispaltigen Bericht. Wie war er groß überschrieben? ‚Vertriebene rufen zu Kampf gegen AfD auf‘.*

*..... Wer meinte, in diesem Bericht etwas über unsere eigentlichen Anliegen zu erfahren, suchte vergeblich. .... (Grußformel, Unterschrift)*

\*\*\*\*\*

<p><i>Kein Plan überlebt die erste Feindberührung</i> (Helmut von Moltke)</p>
---



Schande für die Buchmesse 2018 in FrankfurtFurcht vor der Wahrheit

Dieter Stein, der Herausgeber der „Jungen Freiheit“ (JF), beklagte sich bitter über die schmachvolle Zurücksetzung bei der diesjährigen Buchmesse in Frankfurt. Die Messeleitung hat seinen Verlag an das Ende einer Sackgasse verdammt, weitab von den Besucherströmen. Der Platz erinnert an einen „begehbaren Giftschränk“ oder wenigstens an eine Quarantänestation. Mit der vielgerühmten Buntheit unseres Lebens hat diese Anordnung jedenfalls nichts zu tun, vielmehr könnten am Ende wieder in Flammen aufgehende Bücher stehen. Leider kennen die Witikonen so etwas auch von den Sudetendeutschen Tagen (ST). Auch ihre Stände wurden meist sehr ungünstig, d.h. weitab von den Besucherströmen platziert. Das war aber nur das Präludium zum Totalausschluss, der nun schon seit drei Jahren gilt. Dieter Stein verweist auf die autoritären Staaten. Würde beispielsweise in Russland nach diesem Muster verfahren, diente es deutschen Medien sofort als Beweis für die Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Nach der Buchmesse wurden die als rechts geltenden Verleger Kubitschek und Kositzka überfallen. Frau Kositzka konnte ihren Laptop verteidigen, doch Herr Kubitschek erhielt einen Tritt gegen den Hinterkopf. Den Angriff führten drei vermutliche Linksextremisten aus (PAZ, 19.10.2018).

**Es geht um Machterhalt!**

Aber was führt zu solchen Diskriminierungen? Die Antwort ist eindeutig: Es geht stets um den **Machterhalt**. Da können brisante Wahrheiten schnell lukrative Ämter und Privilegien kosten. Dem wird daher auch emsig vorgebeugt. Man muss dem einfältigen Steuerzahler nur genügend Geld abnehmen und damit all die schönen Institute für politische Bildung oder die parteinahen Stiftungen schaffen. Dann hat man schon einmal das dort zahlreich angestellte Personal auf seiner Seite und kann in einem zweiten Schritt auch noch bestimmen, was die breite Masse denken soll. Wer dennoch wagt, wie von Kant empfohlen, „*seinen Verstand zu benutzen, um seine Unmündigkeit zu überwinden*“, muss mit einer Quarantänestrafe oder mit der Verdammung an das Ende einer Sackgasse rechnen.

Zum Schluss noch einmal zurück zum Witikobund. Zu dessen profiliertesten Mitgliedern gehörte einst der (Groß-) Verleger Dr. Herbert Fleissner. Als Sudetendeutscher betreute er natürlich auch Autoren aus dem „Vertriebenenbereich“. Damit zog er aber so starke Anfeindungen auf sich, dass er 1969 „vorsorglich“ der Buchmesse fernblieb.

Die deutsche Minderheit in Slowenien

Bei einer Veranstaltung im Haus der Heimat in Wien am 13. Oktober 2018 kam auch die Vorsitzende des deutschen Frauenvereins „Die Brücke“ in Marburg an der Drau, Veronika Haring, zu Wort. Sie bedauerte, dass die Deutschen in Slowenien immer noch nicht als Minderheit anerkannt wurden. Ungarn und Italiener genießen im Gegensatz dazu dieses Privileg. Die Zahl der Deutschen sank von 42.000 im Jahre 1921 auf 1.824 im Jahre 1948. Momentan erfasst man die Deutschen in den Kategorien „Volkszugehörigkeit“. Zur österreichischen bekennen sich etwa 200 und zur deutschen 500 Personen. Am beliebtesten ist aber die unverfängliche Bezeichnung „Steirer“, zu der sich 5.000 bekannten. Die Verfassungsgarantie für das Bekenntnis zu seiner Nationalität und zu seiner Kulturpflege (Artikel 61) steht für Deutsche nur auf dem Papier. Es gibt in Slowenien sechs deutsche Vereine, die geringfügig gefördert werden, nachdem es ein Kulturabkommen zwischen Österreich und Slowenien gibt. Diese Mittel dürfen aber nur für die Sprachpflege verwendet werden. Vorsprachen österreichischer Diplomaten bei der slowenischen Regierung zugunsten der deutschen/österreichischen/steirischen Vereine blieben bisher ergebnislos.

(Quelle: SLO, 21.10.18)

Historikertag in Münster:

### **Traurige Gedankenlosigkeit**

In Münster fand vom 25. bis 28. September 2018 der Deutsche Historikertag statt. Wer es bisher noch nicht gewusst oder nicht geglaubt hat, dürfte jetzt bekehrt sein: Die deutschen Historiker sind mehrheitlich parteiisch. Den Beweis lieferten sie selbst, als sie sich in einer Resolution in tagespolitische Fragen einmischten.

Aus ihrer linksliberalen Komfortzone urteilten sie, dass man Migration nicht ablehnen dürfe, denn sie hätte die daran beteiligten Gesellschaften „*insgesamt bereichert*“. Vierzehn Millionen Ost- und Sudetendeutsche dürften hinter diese Feststellung aber ein dickes Fragezeichen setzen!

Problematisch ist diese Aussage auch, wenn man an die nahöstlichen Familienclans mit zwielichtigen Erwerbsquellen in manchen deutschen Großstädten denkt.

Zu verurteilen sei auch, so die Resolution, die um sich greifende „*antidemokratische Sprache*“, die sich in Wörtern wie „Lügenpresse“ und „Volksverräter“ zeige. Was allerdings an den Kampfbegriffen der Linken wie „Nazi“ und „Rassist“ „*demokratisch*“ sein soll, wird nicht erklärt.

In der FAZ (10.10.2018) wird das Geschehen in Münster als „*traurige Gedankenlosigkeit*“ bezeichnet. Das ist ein überaus mildes Urteil, wenn man an die Ablehnung einer Geheimabstimmung über die Resolution denkt, weil, man höre und staune, „*wir es dann gleich bleiben lassen können*“. Es wurde also mit dem bei öffentlichen Bekenntnissen üblichen Gruppendruck gerechnet. Die Rechnung ging auf, denn die Resolution wurde mit „großer Mehrheit“ verabschiedet.

Beim nächsten Punkt weiß man nicht, ob die „*traurige Gedankenlosigkeit*“ vielleicht sogar auf Ahnungslosigkeit, Nichtwissen und Inkompetenz zurückgeht. So haben die in Münster versammelten Historiker nicht beachtet, dass sich moderne Gesellschaften dadurch auszeichnen, dass sie politikfreie Räume bewahren. Diese findet man in Vereinen, Firmen, Schulen, Universitäten, Sport, Justiz, Verwaltung, Kirchen und eben auch in Berufsverbänden wie der Verband der Historiker einer ist. Das sind autonome Subsysteme, die uns, vielleicht zur Überraschung neudemokratischer Historiker, von totalitären Staaten unseligen Angedenken unterscheiden.



Geschichtsmuse Clio  
- magistra vitae oder  
ancilla tyrannorum?

Solches Wissen kann man nicht vom Fußballboss der Eintracht Frankfurt, Peter Fischer, erwarten, der seinen Verein AfD-frei machen will. Mit ihrer Münsterer Resolution befinden sich die Historiker aber leider in bedenklicher Nähe zu Herrn Fischer.

**Linksideologische Durchdringung**  
Mit linkslastigen Historikern haben es die Sudetendeutschen seit Jahrzehnten zu tun. Jetzt wissen sie aber endlich, weshalb gerade ihr Schicksal meist relativierend und verharmlosend dargestellt wird. Migration ist ja angeblich „*insgesamt bereichernd*“. Da kann schon einmal ein Völkermord übersehen werden. Denken wir zurück: Weil der Regierung Schröder das den Völkermord bestätigende Gutachten Ermacoras nicht passte, wurden andere Historiker beauftragt, die das Gewünschte lieferten. Die Historikerschaft nahm das schweigend hin, leider auch das Collegium Carolinum. Traurig!

Auch damals war das schon eine Einmischung in eine tagespolitische Frage, aber es identifizierte sich nicht die gesamte Historikerzunft damit. Wird es so weitergehen? Müssen wieder ganze Generationen von Leserbriefschreibern aufgebeten werden, um die größten Flurschäden zu vermeiden?

Fortschritte in den Geisteswissenschaften bemessen sich in Generationen. Jede Generation hat ganze Bibliotheken mit ihren Büchern gefüllt, von denen sie sich erst mit dem Tod trennt. Hoffen wir, dass künftige Historikergenerationen wieder die bewährten Grundsätze entdecken, wonach ihre Pflicht darin besteht, „*sine ira et studio*“ (Tacitus) zu berichten „*wie es wirklich war*“. Nicht mehr und nicht weniger!

(F.V.)

### **Warnung vor „Marrakesch“ (Marokko)!**

Am 11./12. Dezember 2018 wird eine UNO-Konferenz in Marrakesch/Marokko zusammen-treten, um einen „**Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration**“ zu beschließen. Die **weltweit freie Migration wird damit zu einer Art Menschenrecht erhoben**. Illegal Eingereiste dürfen dann nicht mehr abgeschoben werden.

Frau Merkel (CDU) will diesen Pakt für Deutschland unterzeichnen, fühlt er sich doch wie eine **nachträgliche Rechtfertigung** ihrer umstrittenen Asylpolitik an. Wie 2015 wollte sie dabei den **Bundestag übergehen**, doch die AfD setzte eine Bundestags-sitzung durch. Bei der Abstimmung unterlag diese zwar, doch man kennt jetzt die Befürworter.

Die USA, Australien, Österreich und andere lehnen den Pakt ab, wohl in der Erkenntnis, dass dieser ein falsches Zeichen setzt. Nötig wäre ein „Bleibepakt“. Stefan Meyer, Staatssekretär im Innenministerium (CSU), beschimpft die Paktgegner als Populisten. Ins Bild passt, dass die Medien von dieser Vereinbarung bisher kaum berichteten.

Manche mögen hoffen, dass sich **Friedrich Merz**, der vielleicht bald starke Mann in der CDU, gegen diesen Pakt positioniert. Doch Merz hat andere Koordinaten, denn erst am 21. Oktober 2018 unterstützte er im Handelsblatt einen Aufruf für „**Solidarität im Kampf gegen Nationalismus**“ und forderte dafür „deutsche finanzielle Mittel“. Zur Rettung des Euro empfahl er außerdem eine gemeinsame europäische Haushaltspolitik mit einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung. Mitunterzeichner waren der frühere Bundesfinanzminister Eichel und Prof. Habermas (PAZ, 2.11.18, S. 24)..

### **Das Ende der Monarchie**

und die Gründung eines Deutsch-österreichischen Staates im Herbst 1918.

Zu den wichtigsten Leistungen Österreich-Ungarns zählten über Jahrhunderte die Abwehr des Türkenansturms und die Schaffung einer mustergültigen Verwaltung in ihrem Einflussgebiet. Die Auflösung des Kaiserreiches gilt daher bei vielen bis heute als Fehler. Der Witikobrief würdigt die Leistungen dieses Staates mit dem Abdruck einer Chronologie seines Zerfalls:

#### **Zur Chronologie des zerfallenden Österreich im Herbst 1918 bis zum 12. November** (Quelle: Wilhelm Brauner, *Deutsch-Österreich 1918 – die Republik entsteht*).

Österreich/Cisleithanien ermöglichte als institutionalisierter Nationalitätenstaat organisierte Artikulationen einzelner Nationalitäten. So waren im Abgeordnetenhaus des Reichsrats durch das Mehrheitswahlrecht in national einheitlichen Wahlkreisen die einzelnen Nationalitäten insofern repräsentiert, als es eine klare Scheidung in deutsche, italienische, polnische, ruthenische, rumänische, slowenische oder tschechische Wahlkreise und damit ebensolche Abgeordnete gab. Dies ermöglichte bzw. führte nahezu zwangsläufig zu ihrer jeweils nationalen Zusammenfassung für den parlamentarischen Betrieb etwa im „*Polen-Klub*“, im „*Tschechen-Klub*“, im „*Slowenen-Klub*“ und auch in klubübergreifenden nationalen Zusammenschlüssen wie der „*Slawischen Union*“ oder im „*Nationalverband der deutschfreiheitlichen Abgeordneten*“. Nationale Kriterien bestimmten schließlich auch das ursprünglich übernationale sozialdemokratische Lager. So schlossen sich am 19. November 1916 tschechische Abgeordnete über Parteigrenzen hinweg zum „*Tschechischen Verband*“ zusammen und forderten am 30. Mai 1917 in einer gegen den Dualismus gerichteten Erklärung die Umwandlung der Gesamtmonarchie in einen Nationalitätenbundesstaat und in diesem die Herstellung eines tschechischen Staates, gebildet aus Böhmen, Mähren und Schlesien und schließlich sollte unter Einbeziehung der Slowaken Ungarns ein unabhängiger tschechoslowakischer Staat begründet werden. In ähnlicher Weise handelten auch südslawische Abgeordnete des österreichisch/cisleithanischen Reichsrats, des ungarischen Reichstags sowie der Landtage von insbesondere Krain und Kroatien-



Slawonien, die sich in Agram/Zagreb in den ersten Oktobertagen 1918 zum „*Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben*“ zusammenschlossen.

Als im Herbst 1918 diese Tendenzen zur Bildung eigener Staatlichkeiten gerade durch Abgeordnete der nichtdeutschen Nationalitäten in Österreich/Cisleithanien anwuchsen, ergriffen Organisationen der deutschen Reichsratsabgeordneten mehrere Initiativen.

So entstand am 2. Oktober 1918 im Verbandsausschuß der deutschfreiheitlichen Parteien der Plan, alle deutschen Abgeordneten des Abgeordnetenhauses zu einer deutschösterreichischen Nationalversammlung einzuberufen.

Tags darauf setzte auch der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten eine Initiative, und zwar mit einem Beschluß, in dem es u. a. hieß: „*Wir verlangen, daß alle deutschen Gebiete Österreichs zu einem deutschösterreichischen Staat vereinigt werden.*“

Der Begriff Deutsch-Österreich war keine Neuschöpfung von 1918. Es war schon im 19. Jh. eine umgangssprachlich weit verbreitete, wenn auch keine amtliche Bezeichnung. Sie stand für das mehrheitlich von Deutschen bewohnte Gebiet der österreichischen Hälfte der Monarchie.

Am 6. Oktober 1918 proklamierten die in Agram zusammengetretenen südslawischen Abgeordneten die Vereinigung aller Slowenen, Kroaten und Serben in einem unabhängigen Staate.

Am 7. Oktober 1918 verkündete der polnische Regentschaftsrat in Warschau den aus den polnischen Gebieten Österreichs, des Deutschen Reiches und Rußlands zu bildenden polnischen Staat und am 9. Oktober 1918 huldigte ihm der Polenklub des österreichischen Reichsrates.

Am 15. Oktober 1918 wurde der „*Tschechische Nationalausschuß*“ mit Sitz in Paris von den Alliierten als provisorische Regierung anerkannt. Am 28. Oktober wurde der tschecho-slowakische Staat ausgerufen.

Am 19. Oktober 1918 konstituierten sich in Lemberg die ukrainischen Abgeordneten als ukrainischer Nationalrat.

Eine Nation nach der anderen verließ das einstürzende Staatsgebäude.

Die Staatstreue der österreichischen Deutschen hatte ihren Sinn verloren.

Angesichts der Entwicklung überhaupt und nun auch ermuntert durch das kaiserliche Manifest (16. Oktober) beschlossen sogleich an dessen Erscheinungstag, am 17. Oktober 1918, die Vertreter der deutschen Parteien im Abgeordnetenhaus eine „*Vollversammlung aller deutschen Abgeordneten im niederösterreichischen Landtagssitzungssaale*“ einzuberufen.

Am Montag, dem 21. Oktober 1918 um 17 Uhr, traten die 208 Abgeordneten der mehrheitlich deutschen Wahlkreise des österreichischen (cisleithanischen) Reichsrats der Monarchie im Niederösterreichischen Landhaus in Wien zusammen.

Es konstituierte sich durch Annahme eines entsprechenden Beschlußantrages diese Vollversammlung der Abgeordneten der deutschen Wahlbezirke als „*Provisorische Nationalversammlung für Deutsch-Österreich*“.

Aus der Versammlung war ein Organ geworden. Der Grundstein für die Staatsgründung war gelegt.

Am 30. Oktober um 15 Uhr begangen die Mitglieder ihre zweite Sitzung, bzw. ihre erste Sitzung nach der Konstituierung. Die neuen Organe übernahmen die Regierungsgewalt, sodaß es einen konstituierten deutschen Staat neben den anderen Staaten auf den Boden Österreichs gab und so war es ein Staat, welcher aus diesem Entwurf geboren werde. Gründung des Staates Deutsch-Österreich – als Nationalstaat. Mit der Beschlußfassung über die grundlegenden Einrichtungen der Staatsgewalt war die Konstituierung des Staates Deutsch-Österreich vollendet.

Am 11. November verzichtete Kaiser Karl in einer Erklärung „*auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften*“.

Am selben Tag beschloss der deutschösterreichische Staatsrat den Text über die republikanische Staats- und Regierungsform.

Am Vormittag des 12. November löste sich das Abgeordnetenhaus Österreichs/Cisleithaniens auf.

Am Nachmittag wurde die Republik Deutsch-Österreich ausgerufen.

*Wer auf den Schmutz hinweist, gilt als viel gefährlicher,  
als der, der den Schmutz macht.*  
(Kurt Tucholsky, 1890-1935)

## Häresie und Rekatholisierung in Böhmen

(Referat gehalten von F.Volk am 21.10.2018 beim Jahrestreffen des Witikobundes)

Zum Schicksal großer Ideen gehört es offensichtlich, über kurz oder lang verfälscht, ausgehöhlt und missbraucht zu werden. Die Einfallstore entstehen meist dann, wenn Bürokraten organisatorische Strukturen aufbauen. Dann bahnt sich menschliche Gier immer ihre Wege. So war es auch beim Christentum. Ablasshandel und Pfründenwirtschaft ließen die Ämter der Kirche zu reinen Versorgungseinrichtungen „*derer da oben*“ verkommen. In Böhmen wehrte sich dagegen bald ein Jan Hus und einhundert Jahre später in Wittenberg der Augustinermönch Martin Luther. Hier eine kurze Übersicht:

### Das 14.Jahrhundert

Schon einhundert Jahre vor Hus verfügte die Kirche über gewaltige Reichtümer. Das zog viele Menschen an, die alle versorgt werden wollten. In Prag zählte man zeitweise 1.200 Priester, 300 alleine an der Teyn-Kirche! Ähnlich war es in den Klöstern. Typisch dafür war



Kloster Chotieschau (gegr. 1205)

das Frauenkloster in Chotieschau, westlich von Pilsen. Dort lebten die Nonnen von den Abgaben des Landvolkes und vom Ablasshandel so üppig, dass der Prior 1380 die Fleischportionen, den Stoffverbrauch und den Bierkonsum begrenzen musste. Künftig standen jeder Nonne täglich nur noch zwei Krüge des Gerstensaftes zu.

Viele ernsthafte Menschen suchten aber Wege zurück zum wahren Christentum und bildeten Sekten. Aber auch deren Zahl hatte sich so vermehrt, dass unter Kaiser Karl IV. ab

1366 nur noch ausgebildete Theologen religiöse Texte veröffentlichen durften. Bald „leistete“ sich das 14. Jahrhundert auch noch das „abendländische Schisma“ mit Päpsten und Gegenpäpsten, was die Autorität der Kirche gegen null tendieren ließ. Verwirrung schuf auch der Brite Wiclif, dessen „ketzerische“ Schriften in Prag besonders stark verbreitet waren, seit Anne, eine Tochter Karls IV, 1384 den englischen König Richard II. geheiratet hatte.

### Hussitismus

Das war die Welt, die Jan Hus 1390 als Student der Karlsuniversität vorfand. Bald schloss er sich den Forderungen nach einer religiös-sittlichen Erneuerung der Kirche an und untermauerte sie mit philosophischen und theologischen Gedanken John Wiclifs (†1384). Er predigte den Verzicht auf Reichtum und war für die Einführung des Abendmahls in beiden Gestalten. Da der Reichtum Prags vor allem in den Händen deutscher Bürger und hoher deutscher Geistlicher lag, bekam seine Agitation einen nationalen Drall.



Auch das Kloster Kladrau wurde 1421 zerstört

Rückhalt hatte Hus bei den kleinen Leuten und beim Adel, der sich aber in je einen utraquistischen und einen katholischen Herrenbund gespalten hatte. Die kleinen Leute hatte Hus für sich gewonnen, weil er in der tschechischen Sprache predigte. Auch König Wenzel und seine Gemahlin Sophie sympathisierten mit ihm. Als die von den Hussiten angegriffenen Würdenträger bei Wenzel Schutz suchten, spottete er: „*Es hat Euch gefallen, wenn sie mich angegriffen haben, jetzt seht zu, wie ihr selbst damit fertig werdet.*“ Wenzel freute sich über die antideutsche Tendenz auch, weil er noch nicht verschmerzt hatte, dass ihn die deutschen Fürsten 1400 als Kaiser abgewählt hatten. Das steckte auch hinter der Tschechisierung der Karlsuniversität, die 1409 bekanntlich zum Auszug der deutschen Professoren und Studenten geführt hat.

Die religiöse Unduldsamkeit steigerte sich nach dem Feuertod von Jahn Hus 1415 in Konstanz. Als Wenzel 1419 aber die Rückkehr vertriebener Geistlicher und die Entwaffnung der Bevölkerung forderte, wurde das Prager Rathaus gestürmt und vierzehn Ratsherren, Richter und Gerichtsdienere „defenestriert“. Alle waren Deutsche, und keiner überlebte. König Wenzel starb wenige Tage danach an einem Schlaganfall, und Kaiser Sigismund, sein Bruder, war sein Erbe. Dieser galt in Böhmen aber als Verräter an Hus und wurde, als er 1420 mit dem Reichsheer vor Prag erschien, erbärmlich geschlagen.

Es folgten die Taboriten, die unter Ziška mit Feuer und Schwert durch das Land zogen. Sie wurden von der Idee geleitet, dass alles, was die Bibel nicht ausdrücklich vorschrieb, überflüssig sei. Priester sollten hinausgehen und das Evangelium predigen (Mk 16,12), statt sich in Klöstern zu verkriechen. Also wurden in Böhmen rund 30 Abteien zerstört, darunter das Kloster Chotieschau und die Benediktinerabtei Kladrau (sh. Bilder!). Auch prächtige Kirchengewänder und Kirchengewänder, sogar die Tonsur des Priesters wurden für überflüssig erklärt, so dass die taboritischen Priester tonsurlos und in Alltagskleidern zelebrierten.

1433 kam es aber zu den Prager Compactaten (Beschlüssen), in denen der Utraquismus eine gewisse Anerkennung fand. Die Taboriten, also die radikalen Utraquisten, begehrten 1434 noch einmal auf, wurden aber von ihren gemäßigten Glaubensbrüdern, den Kalixisten, endgültig ausgeschaltet. In den Compactaten lesen wir die vier Grundforderungen der Utraquisten: 1. Abendmahl unter beiden Gestalten, 2. Predigt nach der Schrift (denn Studium und Besitz einer Bibel war bisher nur Priestern erlaubt!), 3. Verbot und Bestrafung der Todsünden, 4. Verzicht der Geistlichkeit auf weltlichen Besitz.

Als König von Böhmen wird Sigmund erst 1436 anerkannt, nachdem er beim Landtag zu Iglau zugestimmt hatte, dass in Böhmen nur Tschechen ein Amt bekleiden dürfen.

Von 1440 bis 1493 regierte der tatsenscheue Kaiser Friedrich III. Das Reich und damit Böhmen versanken für ein halbes Jahrhundert in Lethargie. Als König von Böhmen behauptete sich von 1458 bis 1471 mit Georg Podiebrad ein Utraquist. Der Adel verstand es, seinen Landbesitz auszudehnen, meist auf Kosten der Kirche und der Klöster. Schon längst hatten geistliche Würdenträger keinen Sitz mehr in der Landesversammlung. Vertreten waren dort nur noch der Hochadel, der Ritterstand (niederer Adel) und die Städte. Die Bauern waren „natürlich“ nirgends vertreten.

Das Elend dieses Jahrhunderts kann man daran ablesen, dass es zu keiner einzigen architekto-



Luther

nischen Großtat fähig war, was vor allem mit der Ausschaltung der Deutschen aus dem Wirtschaftsprozess zusammenhing. Selbst Paul Zidek, der Berater König Podiebrads, stellte fest, dass die Deutschen für gewisse Wirtschaftszweige (Handwerk!) unentbehrlich seien (Aschenbrenner, S.48) und hat damit vielleicht sogar eine historische Konstante für sein Land erkannt. Ins Bild passt die Karlsuniversität, die nacheinander die theologische (1419), die juristische (1436) und schließlich die medizinische Fakultät verlor. Übrig blieb die Artistenfakultät, die eigentlich nur die Vorstufe für die akademischen

Studien, also nur eine Art Gymnasium war.

### **Das Luthertum**

In Böhmen setzte man große Hoffnungen auf Luther, denn die Utraquisten waren zerstritten und traten auf der Stelle. Luther kannte den Streit um Hus nur aus den Konzilsakten. Als er aber aus Prag dessen Schrift „*De ecclesia*“ erhielt, stellte er viele gemeinsame Überzeugungen fest. So hatten die Utraquisten schon Voraussetzungen für die rasche Verbreitung des Luthertums geschaffen. Oft gaben sich Lutheraner sogar als Utraquisten aus, denn diese genossen immer noch den Schutz der Prager „Compactaten“ von 1433.

Als es 1518 im Stift Tepl (Egerland) zum Streit und zum Austritt von Mönchen kam, sollte



auf Anordnung König Ludwigs der Abt von Strahov (Prag) vermitteln. Doch bald stellte sich heraus, dass auch dieser schon lutherisch dachte! Die erste evangelische Kirchenordnung erließ 1522 die Stadt Ellbogen unter dem Schutz des Grafen Sebastian Schlick. 1531 beklagten sich die Katholiken bei König Ferdinand, dass ihnen die Protestanten schon 150 Pfarreien entrissen hätten. Am Reichstag 1529 in Speyer fiel der bemerkenswerte Satz, dass es *in*



Luftbild Stift Tepl

*Gewissensfragen keine Mehrheitsbeschlüsse geben* dürfe! 1549 verzichtete man in Wien auf die Fronleichnamsprozession. Bald bekannte sich im Heiligen Römischen Reich nur noch jeder Zehnte zum katholischen Glauben. In Graz, der Hauptstadt der Steiermark, waren es noch weniger, denn 1564 gab es dort unter 15.000 Einwohnern nur noch 200 Katholiken. Eine Vorstellung von der Verbreitung der neuen Religion gibt auch die Zahl der nach dem „Weißen Berg“

(1620) des Landes verwiesenen Grundbesitzer: Etwa 500 „ketzerische“ Adlige, denen fast Dreiviertel des Bodens Böhmens gehörten, wurden enteignet und vertrieben.

### **Die Rekatholisierung**

Seine eigentliche Blütezeit erlebte der Protestantismus in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Das ist erstaunlich, denn der Schmalkaldische Bund war 1547 von Kaiser Karl V. vernichtend geschlagen worden und dessen Anführer mussten sich dem Kaiser bedingungslos unterwerfen, Landgraf Philipp von Hessen wurde sogar für mehrere Jahre eingekerkert.

Eine herausragende Rolle bei der Gegenreformation spielten die Jesuiten mit ihren Schulgründungen. Ihr Plan, in ihren Lehranstalten eine meinungsbildende Elite heranzubilden, ging voll auf („reeducation“!). In Prag war diese Aufgabe dem 1555 eröffneten Klementinum zugeordnet. Auch im Rheinland spielten sie eine große Rolle, nachdem 1583 Herzog Ernst von Bayern das Kurfürstentum übernommen hatte. So blieb auch die sog. „Pfaffenstraße“ von Köln über Mainz, Straßburg bis Chur intakt. Delikate Frauengeschichten beim Schacher um das Erzbistum beleben das Studium der einschlägigen Literatur.

Einer der entschlossensten Rekatholisierer war Erzherzog Ferdinand, der spätere Kaiser Ferdinand II.. Er kam mit elf Jahren unter die Fittiche der Jesuiten in Ingolstadt und erfuhr dort eine streng katholische Ausbildung. Als Regent der Steiermark, Krains und Kärntens verbot er 1598 jede Abweichung vom katholischen Glauben. Standhafte Lutheraner, darunter auch den Astronomen Kepler, verwies er des Landes. Im schlimmsten Fall wurde auch die Todesstrafe vollzogen! Wenn Immobilien da waren, wurde noch eine gewisse Frist für deren Verkauf gewährt. Wenn sich kein Käufer fand, kam es oft doch noch zur „Bekehrung“ zur Staatsreligion. Um seine Länder gegen „ketzerische“ Einflüsse abzuschirmen, verbot Ferdinand seinen jungen Untertanen, im Ausland zu studieren, was erheblich zur Entfremdung Österreichs von den nördlichen Provinzen Deutschlands beitrug. Von Ferdinand wird ein schreckliches Zitat überliefert: *„Lieber herrsche ich über eine Wüste, als über ein Land voller Ketzer“*.

In seinem Element war Ferdinand nach der Niederlage der böhmischen Truppen 1620 am „Weißen Berg“. Diese Niederlage hatten sich die Tschechen teilweise selbst zuzuschreiben, denn schon im Vorfeld ließen es die böhmischen Adligen an der Unterstützung des „Winterkönigs“ fehlen. Bei der Schlacht selbst behaupteten sich die deutschen und mährischen Bataillone gut, während die tschechischen Abteilungen schon nach einer Stunde zurückwichen. Jetzt mussten auf Befehl Ferdinands 1.200 evangelische Pfarrer und 36.000 evangelische Familien Böhmen verlassen. 1627 gab er die Verneuerte Landesordnung heraus, die die Macht der Stände stark beschnitt und Böhmen zur Erbmonarchie machte. Am 6. März 1629 erließ

Ferdinand II. das berühmte **Restitutionsdekret**, das die Rückgabe aller seit 1552 entzogenen Kirchengüter verfügte und damit die Geschichte der letzten achtzig Jahre praktisch auslöschte. Damit lieferte Ferdinand leider auch neuen, kriegsverlängernden Zündstoff.

### **Kein Ruhmesblatt**

Die Vorstellung von einer einheitlichen Staatsreligion geht auf Kaiser Theodosius zurück, der sie 380 n. Chr. erstmals durchgesetzt hat. Es ist schade, dass sich die Kirche schon damals so vereinnahmen ließ. Bis zu Friedrich dem Großen (1712-1786), in dessen Staat „*jeder nach seiner Fassung selig werden*“ konnte, war noch ein weiter Weg zurückzulegen. So dauerte es in Österreich 160 Jahre, bis Joseph II. mit dem Toleranzpatent erste Glaubenszugeständnisse machte. Er gestattete den Bau von „Bethäusern“ in Orten, mit mehr als 100 protestantischen Familien oder mehr als 500 protestantischen Einzelpersonen. Die Gebäude mussten 50 m abseits der Hauptstraße liegen und wie Bürgerhäuser aussehen. Türme und Rundfenster waren daher verboten, und der Eingang musste auf der Rückseite liegen. Es entstanden erstaunlich viele solche Bethäuser, was ein deutlicher Hinweis auf einen zahlreichen Protestantismus im Verborgenen ist. Weil der Mitgliederschwund in den katholischen Gemeinden erheblich war, wurde der Glaubenswechsel ab 1787 erschwert. Wechseln konnte man nur nach einer sechswöchigen „Glaubensschule“.

### **Die deutschen Tragödien**

Schon Tacitus bat die Götter, weiter für die Zwietracht der Germanen zu sorgen (Germania, 33,2). Im Mittelalter verzettelten sich diese dann auf den Kreuzzügen ins Morgenland, statt die Ostkolonisation voranzutreiben. Dann folgte die Selbstzerfleischung im Religionszwist, der weidlich von den Türken und Frankreich ausgenutzt wurde. Im Westen gingen dabei die Bistümer Metz, Toul und Verdun (Verten) verloren.

Es hat Jahrhunderte gedauert, bis in Deutschland ein gewisser Religionsfriede eingekehrt war. Hüten wir uns, mit dem Islam neue Religionskämpfe zu entfachen!

### **Wie die Rosenberger verarmten**

Witiko, der von Adalbert Stifter idealisierte Romanheld, war ein Spross der Rosenberger, des einst mächtigsten Adelsgeschlechtes Böhmens. Nach ihm nennt sich unser Bund. Wie bei vielen großen Familien riss auch bei den Rosenbergen einmal die Kette tüchtiger Ahnen, und das Geschlecht büsste seine Bedeutung ein.

Bei den Rosenbergen ging das so: Während der Regierungszeit Kaiser Rudolfs II (1576-1612) gab es kaum ein adliges Schloss ohne Alchimistenküche, denn man glaubte, es gäbe eine chemische Formel zur Herstellung von Gold. Wilhelm von Rosenberg unterhielt gleich drei solcher Küchen, je eine in Krumau, Prachatitz und Wittinghaus. Jede stand unter der Leitung gerissener Scharlatane. Einer hieß Christoph von Hirschhausen und gab vor, aus Silber Gold machen zu können. Trotz eines Angebots von 8.000 Dukaten gab er sein Geheimrezept nicht preis. Er bot indessen eine angeblich bessere Idee an. Man müsse Gold richtig behandeln und in die Erde legen. Dann wachse es wie normale Feldfrüchte. Gesagt, getan. Der Rosenberger stellte 80 Golddukaten zur Verfügung, und von Hirschhausen buddelte sie mit allerlei Brimborium ein. Am nächsten Morgen war der Wundermann verschwunden, und als man am Beet nachsah, fehlten auch die Dukaten.



Witikorose

Dann fiel Wilhelm von Rosenberg auf den Engländer Eduard Kelley herein, der ihn um die für damalige Verhältnisse ungeheure Summe von 300.000 Gulden prellte. Kaiser Rudolf glaubte immer noch an die Zauberformel und sperrte Kelley auf Schloss Pürglitz in einen Turm ein. Dort sollte er bleiben, bis er das Geheimrezept verriet. Bei einem Fluchtversuch wurde er aber erschlagen.

Wilhelm von Rosenberg soll an Alchimisten insgesamt sechs Millionen Gulden verloren haben, so dass sein Bruder und Erbe, Peter Wok, die Herrschaft an Kaiser Rudolf II. verkaufen musste.

Dieser Bruder hatte aber selbst auch eine kostspielige Neigung. Er unterhielt in Wittingau eine Sammlung von dreißig (30) schönen Frauen. Jede kam aus einem anderen Land und sollte die Schönste ihres Landes sein. Nicht jeder ist den Aufgaben seines Lebens gewachsen.

**Quelle:** Alfred Schmidtmayer, Der Weg der Sudetendeutschen, 1941

## Die Welt verstehen

1. In der Innenstadt von Köln (Colonia Agrippina) legte man bei Bauarbeiten die Reste einer römischen Bibliothek frei. Auf einer Fläche von 20 m x 9 m enthielt sie in kleinen, noch erkennbaren Wandnischen etwa 20.000 Schriftrollen (Weltnetz).
2. Das Buch „Roosevelts Weg zum Krieg“ von Dirk Bavendamm wird nach 35 Jahren neu aufgelegt. Es stellt den US-Präsidenten als Kriegstreiber dar und gilt als revisionistisch, ohne dass es bisher in irgendeinem Punkt widerlegt werden konnte (JF, 24.8.18, S. 21).
3. Erst 18 Jahre nach dem Ende der DDR erhielten deren politische Häftlinge eine Opferrente. Wegen der Weltfremdheit unseres Rentensystems liegt auch die Altersversorgung dieser Opfer noch heute deutlich unter der ihrer früheren Bewacher (PAZ, 31.8.18).
4. Im Zuge des staatlich gebilligten Landraubs wurden in Südafrika in den letzten Jahren 76.000 weiße Farmer ermordet (JF, 31.8.18, S. 14).
5. Umweltschützer verstecken in Maisfeldern Metallstangen, um gegen Monokulturen zu protestieren. Die Stangen verursachten in den Häckslern deutscher Erntemaschinen seit 2010 Schäden in Millionenhöhe. Elektronische Metalldetektoren bieten keinen vollkommenen Schutz (UA, 4.9.18).
6. Die Direktzahlungen der EU an die Landwirtschaft richten sich nach Flächengröße. Daher erhalten in Deutschland zwei Prozent der Betriebe 2/3 der Hilfgelder. Die ökologische Gegenleistung dafür ist eher gering, die Nähe zur Planwirtschaft bedenklich (PAZ, 14.9.18, S. 8).
7. Verrückte Bankenwelt: Ein Anleger kann heute unter unglaublichen 1.2 Mio. (!!!) Finanzprodukten auswählen (zdf-alpha, 14.9.18).
8. Wenn die Schulden eines Staates größer sind als dessen Wirtschaftsleistung, gilt er als bankrott. Die Verschuldung der Welt liegt aber bei 247 Billionen Dollar oder 318 Prozent der Weltwirtschaftsleistung. Die Welt ist also mehr als dreimal insolvent (FAZ, 24.9.18, LB.).
9. Bei der EU warten Fördermittel in Höhe von 270 Mrd. Euro auf Abruf. Das ist das Doppelte eines EU-Jahreshaushalts. Der Abfluss stockt, weil die berechtigten Staaten die Eigenbeteiligung (25 %) nicht aufbringen können oder die Projektplanung hinterherhinkt (FAZ, 24.9.18, S. 17).
10. Auch die deutsche Goethegesellschaft ließ sich zwischen 1933-45 gleichschalten. Das fand der britische Germanist Daniel Wilson im 133. Gründungsjahr dieses Vereins heraus (FAZ, 28.9.18, S. 10).
11. Die Treuhandanstalt „wickelte“ die DDR-Betriebe ab. Die Leitung hatte Birgit Breuel. Einer ihrer Mitarbeiter, Prof. Dr. h.c. Klaus Feinen, macht Frau Breuel für die Vernichtung mehrerer 100 Mrd. € Volksvermögens und einiger Mio mitteldeutscher Arbeitsplätze verantwortlich (FAZ, 28.9.18, LB, S. 27).
12. Das Insektensterben liegt auch an der nächtlichen Straßenbeleuchtung. Milliarden von Mücken und Nachtfaltern umkreisen die Leuchtkörper solange, bis sie entkräftet zu Boden sinken u. verenden.
13. Wenn ein Deutscher zum Urlaub nach Hawaii fliegt, so belastet er die Umwelt mit 8,26 Tonnen Kohlendioxid. Daran ändert sich auch nichts, wenn er hinterher die „Grünen“ wählt (NZ, 5.10.18).
14. Beim „Anschluss“ des Sudetenlandes 1938 kamen 1.276 katholische Pfarreien zum Reich. Auf ihre politische Zuverlässigkeit wurden 1.137 katholische und evangelische Geistliche überprüft. Nur gegen 37 davon (3,25 %) hatte die Gestapo keine Bedenken (Hans Schmitzer, Egerländer, 9/2018, S. 4).
15. Der Fußballspieler Arturo Vidal, einst Bayern München, jetzt Barcelona, wurde in München wegen Teilnahme an einer Disko-Schlägerei zu einer Geldstrafe von 800.000 € verurteilt, das sind 80 Tagessätze zu je 10.000 €. Revision ist möglich. (Weltnetz).
16. Die Umweltschützer, die den Hambacher Forst fanatisch verteidigen, haben nichts dagegen, wenn noch größere Waldflächen für den Bau von Windrädern geopfert werden (JF, 26.10.18)!
17. Friedrich Merz, neuer Hoffnungsträger der CDU, rief zusammen mit Exfinanzminister Eichel und Prof. Habermas auf zur „Solidarität im Kampf gegen den Nationalismus“. Dafür sollten auch „deutsche finanzielle Beiträge“ fließen. Ferner wünschten sich die drei eine gemeinsame Haushaltspolitik und eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung in der Eurozone (PAZ, 2.11.18, S. 24).
18. Nach der „cum und ex-Methode“ wurde der deutsche Fiskus und damit der deutsche Steuerzahler um rd. 55 Milliarden € geschädigt. Bisher konnten erst 2 Mrd. € zurückgeholt werden (JF, 26.10.18).
19. Am 30. Oktober gedachte Präsident Zeman in Pressburg der Martin-Deklaration, mit der die Slowakei angeblich der CSR beigetreten sei. Die Deklaration war aber gefälscht! (Gottfried Zarnow, Masaryk-Benesch, Berlin 1939).

## **Ein nüchterner Blick auf die 100-Jahrfeier der CR**

Vor 100 Jahren wurde die Tschecho-Slowakei ausgerufen. Das war jetzt Anlass für große Feiern in der CR. Wer aber hinter die Kulissen blicken kann, erschauert und ist tief betroffen von der staatlich geförderten Geschichtsamnese. Schließlich säumen den Weg dieses Staatsgebildes ein kaltblütiger Völkermord und unzählige andere Skrupellosigkeiten.

### **Zwei Seiten der Medaille**

Zunächst gilt es, die wichtigsten Staatslegenden auf den Prüfstand zu stellen! Die Tschechen freuten sich 1918, die „Schmach des Weißen Berges“ von 1620 abgeschüttelt zu haben. Wie aber kam es überhaupt zum Verlust ihrer Souveränität? Die Antwort steht sozusagen auf der Rückseite der tschechischen Geschichtsmedaille. Sie schließt für 1620 ein teilweises Selbstverschulden nicht aus, denn die böhmischen Stände zeigten sich sehr knauserig und schickten ihr Heer von vorneherein schlecht ausgerüstet in den Kampf. Beim Kampf selbst, hielten sich die deutsch-böhmischen Kontingente gut, doch die tschechisch-böhmischen Abteilungen liefen schon nach einer Stunde weg. Da es damals noch keine Hilfe aus Übersee gab, war der



Gen. Konst. Sakharov

Kampf entschieden.

Vielgepriesen werden auch die tschechischen Legionen in Russland. Aber auch deren Ruhm schrumpft bei genauerer Betrachtung gewaltig, denn sie weigerten sich, den antibolschewistischen „Weißen“ auch nur die geringste Hilfe zu gewähren. Das Ergebnis war der Sieg der „Roten“ mit allen bekannten Folgen für Russland und die Weltgeschichte. Das ist eine gewaltige Last, die auf den Schultern der Tschechen liegt! Die Abrechnung Sakharows, des weißrussischen Heerführers, mit den Tschechen findet man auf S. 18 f seines Buches „Die tschechischen Legionen in Sibirien“ (1930). Muss man das auch noch feiern?

### **Weichenstellung für 1918**

Die wichtigste Weichenstellung für den neuen Staat beruhte auf der Fiktion einer tschechoslowakischen Nation. Die Absicht war, sich als Mehrheit über die Deutschen aufzuschwingen. Dementsprechend wurden diese auch von der verfassungsgebenden Versammlung ausgeschlossen. Aber auch die Slowaken wurden im neuen Staat übervorteilt. Sie waren im Parlament unterrepräsentiert, und selbst die ihnen zugestandenen wenigen Mandate hatten zum Teil noch Tschechen inne. So zogen auch Benesch und die Tochter Masaryks über ein slowakisches Mandat ins Parlament ein. Als die Slowaken 1928 wagten, auf die vereinbarte Probezeit von zehn Jahren für das Zusammengehen mit den Tschechen hinzuweisen, wanderte ihr Wortführer Tuka für zehn Jahre in den Kerker. Der Schwindel mit den Slowaken flog 1993 endgültig auf, nachdem dies Tiso 1939 schon einmal versucht hatte.

Im übrigen musste man 1918 im neuen Staat nicht bei NULL anfangen. Die meisten Einrichtungen waren schon vorhanden. Man musste sie nur von Österreich übernehmen. Das betraf die kommunale Selbstverwaltung, die Landesbehörden, die Schulen, das Verkehrswesen, das Wahlrecht usw. Für diese Errungenschaften hatten sich Generationen von österreichischen Beamten (und Regenten) den Kopf zerbrochen. Sie waren dann die Grundlage für ein reiches kulturelles Leben und für technische Entwicklungen, die man 1918 selbstverständlich auch „geerbt“ hatte.

### **Was folgte danach?**

Es folgte der 4. März 1919 mit 54 getöteten Deutschen bei einer landesweiten friedlichen Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht. Dann kam der Abbau der kommunalen Selbstverwaltung, der meist auf dem unauffälligen Verordnungsweg geschah. So wurde den Deutschen sogar auf der untersten Verwaltungsebene jede freie Selbstentfaltung unmöglich gemacht. Der neue Staat gewährte das Wahlrecht auch den Frauen. Aber wegen einer trickreichen „Wahlkreisgeometrie“ benötigten Deutsche für ein Mandat immer mehr Stimmen als



Tschechen. Die CSR sei angeblich eine „Insel der Demokratie“ gewesen. Dagegen sprechen aber Einrichtungen wie Reversdemokratie, Petka oder Wahlbataillone usw. Im Wirtschaftsleben trugen Bodenreform und Nichtanerkennung der Krieganleihen zur Schwächung der Deutschen bei. Diese trugen später auch die Hauptlast der Wirtschaftsflaute, denn 1935 waren unter 800.000 Arbeitslosen noch 500.000 Deutsche. Wenzel Jaksch sprach daher von einem „hoffnungslosem Notstand“ in den Sudetengebieten im Gegensatz zum florierenden Inneren der CSR (Europas Weg nach Potsdam, S. 270). Eines der Hauptprinzipien der Demokratie ist aber die Gleichbehandlung aller Bürger. Dagegen verstieß die CSR laufend.

### **Beneschs Fehler**

Im Jahre 1935 schloss Benesch mit der Sowjetunion einen kulturell und militärisch sehr einschneidenden Vertrag ab. Er hatte aber übersehen, dass sein Staat von den Siegern des 1. Weltkrieges als Bollwerk gegen den Bolschewismus gedacht war. Jetzt hatte er sich in dessen Vorposten verwandelt. Einen zweiten kommunistischen Staat in Europa wollte man sich neben Spanien aber nicht leisten. Da war es sinnvoll, der CSR etwas die Flügel zu stützen. So kam der Streit mit den Sudetendeutschen gerade recht. Am 21. September 1938 wurde zwischen England, Frankreich und der CSR ein Abtretungsvertrag für das Sudetenland abgeschlossen. Diesem Vertrag trat das Deutsche Reich acht Tage später bei. Damit endet wieder eine Mär von der Opferrolle der CSR. Kritischer Prüfung halten auch die Klagen über das Leben im Protektorat nicht ganz stand. Die meisten Antworten dazu liefert das 2017 auch auf Deutsch erschienene Buch von Lukas Beer „Hitlers Tschechen“.

### **Nach dem Kriege**

Die Jahrhundertfeier in Prag konnte noch so prächtig sein, das Vertreibungsverbrechen konnte sie nicht überdecken. Die Tschechen berufen sich dafür auf die Potsdamer Zusammenkunft der Siegermächte 1945. Dort wurde aber kein Vertrag abgeschlossen, sondern nur ein Communiqué herausgegeben, in dem die Vertreibung zur Kenntnis genommen und nicht angeordnet wurde. Die Vertreibung geht alleine auf den Willen der Tschechen zurück. Sie alleine tragen die Verantwortung für den Völkermord an den Sudetendeutschen. Sie alleine sind auch für die Wegnahme des sudetendeutschen Besitzes verantwortlich, denn das Potsdamer Protokoll schweigt sich darüber aus. Der finale Schlag gegen jede rechtliche Ordnung war schließlich das Straffreistellungsgesetz vom 8. Mai 1946!

Zur Nachkriegsbilanz gehört schließlich die Errichtung eines kommunistischen Staates, die nirgends im Ostblock so blutig verlief wie in der CSR/CSSR.

### **Keine Missgunst**

Dieser Rückblick geschieht nicht aus Missgunst. Er soll nur verhindern, dass prächtige Feiern die dunklen Kapitel der tschechischen Staatsgeschichte übertünchen. Das sind wir auch den



Zwei respektlose Pinkler fluten das „böhmische Becken“. Steuerung des „Strahls“ durch Handy ist möglich.

unzähligen Opfern dieser rücksichtslosen Vorgänge schuldig. In Ländern wie den USA und England erlebten wir schon, wie Statuen und Ehrentafeln entfernt wurden, weil sie an die koloniale Vergangenheit erinnerten. Von Bilderstürmerei dieser Art ist in Böhmen noch nichts zu bemerken. Dort gab es bei der 100-Jahrfeier lediglich einen Trauermarsch zum „Ableben der Demokratie“ und eine Demonstration für die Rückkehr zur Habsburg-Monarchie. Sehr apart sind schließlich am Platz vor dem Kafka-Museum die Figuren zweier Männer, die in ein

Becken in der geographischen Form Böhmens urinieren. Vielleicht zeigt sich darin die Zerrissenheit der tschechischen Seele. Wenn ja, bietet vielleicht dieser Blick auf die dunkle Rückseite der tschechischen Medaille eine Erklärung.

(F. V.)

## **Das neue tschechische Staatsbürgerschaftsrecht**

Seit 2014 ist in der Tschechei ein neues Staatsbürgerschaftsrecht in Kraft. Es enthält schärfere Bestimmungen, doch weniger als 20 Prozent der Bewerber werden abgelehnt. Trotz der schärferen Regeln stiegen die Zahlen der Bewerber. Während vor 2014 um die 1500 Anträge bewilligt wurden, pendelt sich die Zahl nach 2014 bei etwa 3.000 ein. Der Grund für die Steigerung dürfte sein, dass jetzt die doppelte Staatsbürgerschaft erlaubt ist. Die meisten Bewerber kommen aus der früheren Sowjetunion (meist Ukraine) und aus Vietnam. Westeuropäer findet man nur sehr selten unter den Bewerbern.

Voraussetzungen für den Erwerb der Staatsbürgerschaft sind gute Sprachkenntnisse und das Bestehen eines Wissenstests. Außerdem muss der dauernde Aufenthalt in der CR während der letzten fünf Jahre (bei EU-Bürgern 3 Jahre) nachgewiesen werden. Umstritten ist die Geheimhaltung der Ablehnungsgründe bei Staatsschutzgründen, Wird ein Antrag abgelehnt, darf er frühestens nach zwei Jahren erneuert werden.

(Nach einem Bericht von Stephan Heidenhain)

## **Wo man für die Umerziehung dankbar ist**

Der Südmährerbund hielt am 6. Oktober 2018 in Geislingen einen „Tag der Begegnung“ ab. Einer der Referenten war Prof. Manfred Kittel. Sein Thema waren die „Achter-Jahre“. Dabei servierte er dem Publikum eine erstaunliche Hypothese zum „Anschluss“ des Sudetenlandes 1938: Die Sudetendeutschen hätten Hitler gar nicht interessiert. Er wollte nur die CSR zerschlagen, um die Judenmorde und den Angriff auf die Sowjetunion vorzubereiten. Wie gesagt, es ist eine Hypothese, der selbst in Kreisen der Betroffenen widersprochen wird. Sehr lehrreich war die sich anschließende Diskussion, denn nur wenige der Zuhörer dürften gewusst haben, dass in Versailles auch eine 115-köpfige Delegation des Weltzionistenbundes anwesend war, obwohl sich keine der Mittelmächte mit dieser Organisation im Krieg befunden hatte. (Nicht erwähnt wurde, dass auch die sich als Sieger gebärdenden Tschechen einen ähnlich diffusen Status in Versailles einnahmen, denn ihr Staat war ja erst nach dem Kriegsende entstanden.)

Zu den Referenten in Geislingen gehörte auch der Deutsch-Tscheche Milan Horáček. Als im Laufe seines ansonsten unspektakulären Vortrags das Wort „Umerziehung“ fiel, bekannte ein jüngerer Zuhörer: „Ich bin stolz, dass ich umerzogen bin!“ Wie sich später herausstellte, ist er Mitglied der CDU und der „Ost-und Mitteldeutschen Vereinigung“.

Trost vermittelte der Schlussapplaus. Er brandete auf, als sich ein Debattenredner über die fehlende Meinungsvielfalt bei der Veranstaltung beschwerte.

***Aristoteles: Toleranz ist die letzte Tugend einer untergehenden Gesellschaft!***

(A.E.Zips)

**Wenn sie Dich nicht RECHTS nennen, musst Du Dich fragen, was Du falsch gemacht hast!**

**"Ja, man muss dem deutschen Volk sagen, dass es den Tod gewählt hat und dass der Tod des intelligenten Deutschen Volkes der Tod Europas ist und das Unglück der Welt." (Professor Pierre Chaunu, französischer Historiker)**



€ 5,-



€ 5,-



€ 11,-



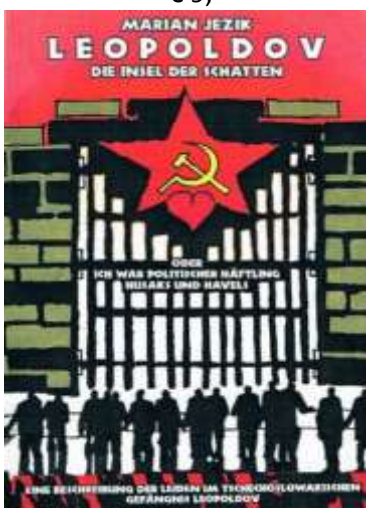
€ 9,-



€ 16,50



€ 15,-



€ 7,-



€ 10,-



€ 10,-

Bestellungen bitte über Netz-Post [witikobund-bundesverband@freenet.de](mailto:witikobund-bundesverband@freenet.de)